

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

SPD-Wahlparteitag Die Wirklichkeit ist anders

Die extrem hohe Wahlverweigerung in den Europawahlen hat in Deutschland vor allem die SPD getroffen.

8 Millionen ihrer Stammwähler haben der SPD die Stimme verweigert, und zwar vor allem in den traditionellen SPD-Hochburgen der Arbeitnehmer-WählerInnen. So z.B. im Ruhrgebiet (bis zu 80%); d.h. in den Städten und Regionen, die besonders hart betroffen sind von der arbeitnehmerfeindlichen Krisenpolitik der EU und der Regierungen.

In der Wahlverweigerung drückt sich eine doppelte Absage aus:

– Es ist die Weigerung, für ein Parlament abzustimmen, das keines ist. Ein „Parlament“, das nichts ändern kann an dem politischen Diktat der EU-Kommission und Europäischen Zentralbank (EZB), an den EU-Verträgen und Richtlinien.

– Es ist die Ablehnung der EU-Politik, die in ganz Europa Milliarden für die Banken und Spekulanten auflegt,

während sie die staatliche Garantie der Arbeitsplätze, wie bei Opel verbietet;

während sie staatliche Hilfgelder für den Erhalt der Arbeitsplätze und Standorte verbietet, wie bei Arcandor;

die vielmehr die Restrukturierung gebietet, d.i. die Demontage der Arbeitsplätze, Löhne, Produktion und Standorte;

und die Arbeitnehmerrechte, Tarifverträge und das Streikrecht dereguliert.

Es ist die Wahlverweigerung der ArbeitnehmerInnen gegenüber der SPD unter der Führung von Müntefering, Steinmeier und Steinbrück in der Großen Koalition, die sie zu Recht mitverantwortlich machen für die Umsetzung dieser verheerenden Politik der EU, begleitet von kritisierenden Lippenbekenntnissen gegen Merkel und Guttenberg.

Es ist die Absage an die Auslieferung von Opel, mittels eines „Investors“, an die Demontage/Verlagerung der Produktion und von Tausenden Arbeitsplätzen, der Vernichtung der Grundlage der sozialen Existenz der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien.

Der Aufforderung von Opel-KollegInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen an SPD-Arbeitsminister Scholz, dass es für einen sozialdemokratischen Minister Verantwortung und Pflicht ist, sofort die Initiative zu ergreifen für die staatliche Garantie aller Arbeitsplätze, blieb ohne positive Antwort.

SPD-Parteitag – eine gespenstische Szenerie

Der SPD-Parteitag am 14. Juni in Berlin wurde zu einer gespenstischen Szenerie. Steinmeier gelang es noch einmal, die Delegierten mitzureißen und mit dem Vorgaukeln einer sozialdemokratischen Scheinwelt über den Abgrund der Wirklichkeit mit betrügerischen Phrasen hinweg zu helfen.

Es gelang ihm, sie mit betrügerischen Sprechblasen für das einstimmig verabschiedete Wahlprogramm und für die Perspektive einer Regierung unter dem Kanzler Steinmeier zu gewinnen – ein Wahlprogramm, das jede Antwort auf die Krisenschläge und die Wut und Empörung der arbeitenden Bevölkerung verweigert; ein Wahlprogramm, das die Bevölkerung mit leeren Versprechungen für die Zeit nach der Wahl und nach der Krise abspesen will; und mit der Fata Morgana einer von Steinmeier geführten Regierung mit einigen Korrekturversprechungen an der Agenda-Politik.

Die Wirklichkeit ist anders. Das ist die desaströse Wahlniederlage der SPD in der Europa-Wahl, die die SPD-Basis mit Entsetzen erfüllt hat. Die Wirklichkeit ist: Steinmeier, und mit ihm Steinbrück und Müntefering, bleiben stur bei ihrem: Weiter so, kein Kurswechsel. Weiter so in der Großen Koalition bis zu Ende mit der Politik, die der arbeitenden Bevölkerung die Rechnung für die Krise präsentiert.

„Wir bringen Arbeit statt Abbruch“, so Steinmeier angesichts der Wirklichkeit der um sich greifenden Arbeitsplatzvernich-

tung; „Arbeit statt Abbruch“, wobei diese Regierung gerade dabei ist, mit Zustimmung der SPD-Minister, Tausenden Opel-Arbeitern den Arbeitsplatz wegzuschlagen.

„Arbeit ist besser als Insolvenz“, sagt Steinmeier, während die Große Koalition, erneut mit (kritischer) Zustimmung einiger SPD-Minister, Arcandor/Karstadt in die Insolvenz geschickt hat und 10.000e Arbeitsplätze bedroht sind.

Die Regierungswirklichkeit nach der Wahl ist programmiert: 1,5 Millionen Beschäftigte sollen in diesem und im nächsten Jahr nach Prognosen der Großen Koalition ihren Arbeitsplatz verlieren. Eine Welle von Massenentlassungen rollt auf Deutschland zu.

Die unter dem Diktat der EU von der Großen Koalition gerade in der Verfassung verankerte Schuldenbremse „legt schon jetzt fest, wer die Zeche für die aktuelle Finanzkrise zahlen wird. ArbeitnehmerInnen sowie deren Kinder sollen die von zockenden Bankern aufgetürmten Schulden mit maroden Schulen und Krankenhäusern, überfüllten Universitäten und Sozialabbau abbezahlen.“ (DGB)

Steinmeier: „Ich will Kanzler einer SPD-geführten Regierung werden.“ Doch die Delegierten und BundestagskandidatInnen der SPD riskieren, von der Wirklichkeit kalt erwischt zu werden: nämlich wenn sie der Aufforderung Steinmeiers folgen und zur Verkündung dieser „frohen Botschaft“ des Parteitags zu den SPD-Mitgliedern, auf die Straße und vor die Betriebe gehen. Keiner von ihnen wird es wagen, damit vor die ArbeitnehmerInnen und Jugend zu treten, die die Große Koalition dazu verurteilt, den Preis für die kapitalistische Krise zu bezahlen.

Sozialdemokratische GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen haben vorgeschlagen, im September, vor der Bundestagswahl, in Nordrhein-Westfalen in Kontinuität zu der bundesweiten Konferenz im April in Berlin zu einer Versammlung einzuladen. Ziel der Versammlung ist es, alle

(Forts. auf S. 2 links)

ALARMAUFRUF: An die Delegierten des SPD-Bundesparteitags

(Nach Diskussionen in der SPD-Basis und mit GewerkschaftskollegInnen hatten sich SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen in einem Brief an die Delegierten des Parteitags gewandt, von dem wir hier rechts einen Auszug abdrucken.)

SPD-Wahlparteitag...

(Forts. v. Seite 1)

GewerkschafterInnen und GenossInnen einzuladen und ihnen eine Stimme zu geben, die nicht akzeptieren wollen, dass sie, die Gewerkschaften und Betriebsräte, dazu erpresst werden sollen, den Stellen- und Lohnabbau und die beginnende industrielle Demontage „sozialverträglich“ zu gestalten und akzeptabel zu machen.

Und die gemeinsam eine politische Kraft aufbauen wollen, um für wirkliche Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeitsplätze gegen die Krise einzutreten;

für das sofortige Eingreifen des Staates für den Erhalt aller Zehntausenden Arbeitsplätzen bei Opel, Karstadt/Quelle und Hertie;

für die Verstaatlichung der Chip-Industrie zur Rettung von Qimonda und aller Arbeitsplätze vor der beginnenden Zerschlagung;

für das Verbot jeder Entlassung und Arbeitsplatzvernichtung.

Der Wahlparteitag der SPD hat noch einmal demonstriert, dass es keinen anderen Weg gibt, als mit dem Führungstrio Müntefering, Steinmeier und Steinbrück zu brechen, damit die SPD sich auf diese dringlich notwendigen Maßnahmen verpflichtet und die Millionen ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften für eine SPD-Regierung zur Erfüllung dieser Forderungen mobilisieren kann. – **CARLA BOULBOULLÉ**

(...) Wir können nicht akzeptieren, dass nach dieser erneuten desaströsen Niederlage der SPD (in den Europawahlen) deren Dreier-Führung in aller Sturheit antwortet:

„Weiter so“: Wir halten an dem Kurs fest. Wir halten fest an der Großen Koalition bis zu Ende.

Wir alle wissen, dass das die große Mehrheit der SPD-Mitglieder und -WählerInnen, und erst recht diejenigen, die schon abgestoßen wurden, dass das die GewerkschaftskollegInnen mit Entsetzen erfüllt. Viele sagen völlig verunsichert und wütend, dass nach der Wahl aufgeräumt werden muss.

Aber können wir akzeptieren,

dass jetzt das Führungstrio „weiter so“ die SPD in der Großen Koalition der Politik der Krisenschläge gegen die ArbeitnehmerInnen unterwirft und die SPD in noch schlimmere Niederlagen treibt?

Wir wenden uns an die Delegierten des SPD-Bundesparteitags:

Kann dieser SPD-Parteitag zu Ende gehen, ohne seine Minister in der Regierung ultimativ aufgefordert zu haben, sofort die Initiative für die Regierungsentscheidungen zu ergreifen:

- Rücknahme der Beschlüsse, die Arbeitsplätze von Zehntausenden Kollegen und Kolleginnen bei Opel und den Karstadt-Häusern/Quelle zu gefährden und zu vernichten;

- für die staatliche Garantie aller Arbeitsplätze bei Opel und den Zuliefererbetrieben; Opelbetriebe und -vermögen werden unter staatlichen Schutz gestellt.

- Für staatliche Hilfgelder für Karstadt/Quelle und Erhalt aller Arbeitsplätze. Zwangsverpflichtung der Großeigentümer zum Einsatz ihres Vermögens für die erforderliche Finanzierung, einschließlich Rückerstattung der staatlichen Hilfgelder.

Muss dieser Parteitag nicht seine Minister beauftragen:

Wenn die Merkel/Guttenberg sich diesen Forderungen entgegenstellen, haben sie die

Regierungskoalition zu verlassen!

Das macht für die SPD den Weg frei, die Millionenkraft der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften für die Verteidigung aller Arbeitsplätze bei Opel und Arcandor zu mobilisieren und für eine neue, eine SPD-Regierung anzutreten, die, gestützt auf die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften, ein wirkliches Sofortprogramm zum Schutz der Arbeitsplätze, der arbeitenden Bevölkerung und Jugend vor der Krise beschließt, dass mit dem Verbot von Entlassung beginnt – um endlich die anschwellende Welle von Arbeitsplatzvernichtung im ganzen Land zu stoppen!

Für weitere SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen

Michael Altmann, SPD, Mitglied im AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd; Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative

Gotthard Krupp, SPD, Mitglied im AfA-Landesvorstand Berlin;

Einladet für die Bundesweite Konferenz am 18./19. April 2009 in Berlin:

Für ein Programm zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze gegen die Krise; für ein Entlassungsverbot.

- **Aus dem Inhalt**
- **Europawahlen**
- **Wahlverweigerung in ganz Europa**
- **– die Völker sagen Nein zur EU**
- **Zum Streik der ErzieherInnen**
- **Beschäftigte bei Hertie, bei EDS**
- **u.a. kämpfen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und der Kaufhäuser/Betriebe**
- **Genossenschaften – Mitarbeiterbeteiligung – oder Verstaatlichung.**
- **Eine Diskussion**
- **April-Juni 1989: Peking Frühling**
- **Herbst 1989: Revolutionäre**
- **Erhebung in Ostdeutschland**

IMPRESSUM: Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Die „Redaktion Soziale Politik & Demokratie“ unterstützt die Initiativen der Internationalen Arbeitnehmerverbände (IAV). Sie hat die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der »Internationalen Informationen« übernommen. In den »Internationalen Informationen« werden auch die Texte der »Europäischen Arbeitnehmerverbände« veröffentlicht.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 25. 6. 2009

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 364 • 10593 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale_Politik_und_Demokratie@t-online.de
Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an

diese Adresse schicken. /
www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gotthard Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröder, Hans Weigt, Monika Wernecke, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast

Nordrhein-Westfalen:

Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann

Mecklenburg-Vorpommern:

Lothar Hesse

Sachsen:

Gaby Hahn, Cornelia Matzke

Sachsen-Anhalt:

Axel Bachner

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz

Baden-Württemberg: Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro

Die »Internationalen Informationen« können als Zusatzabonnement zur »Sozialen Politik & Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10 (bzw. 2,50 Monatsrate) bezogen werden.

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: Carla Boulboullé
Postfach 120 364 • 10593 Berlin